



Bürgerbeauftragte, Karolinenweg 1, 24105 Kiel

An den
Innen- und Rechtsausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtags
Landeshaus
Düsterbrooker Weg 70

24105 Kiel

Ihr Zeichen: L 215

Ihre Nachricht vom: 9. Februar 2021

Mein Zeichen:

Meine Nachricht vom:

Bearbeiter/in: Frau Fritzier-Klatt

Telefon (0431) 988-1131

Telefax (0431) 988-1239

Polizeibeauftragte@landtag.ltsh.de

17. März 2021

Ausschließlich per E-Mail an:
innenausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/5547

Öffentlicher Dienst muss Vorreiter beim Kampf gegen Rassis- mus und Rechtsextremismus sein

Alternativantrag der SPD – Drucksache 19/2641

Hier: Stellungnahme der Beauftragten für die Landespolizei Schleswig-Holstein

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

sehr geehrte Damen und Herren,

für die Einräumung der Gelegenheit, zu dem oben genannten An-
trag Stellung zu nehmen, bedanke ich mich.

Der hier in Rede stehende Antrag versteht sich als Alternativantrag
zu dem vom Landtag bereits angenommenen Antrag der Regie-
rungsfraktionen, die Polizei gegen Rassismus und Rechtsextremis-
mus zu stärken und deshalb im Rahmen des schleswig-holsteini-
schen Aktionsplanes gegen Rassismus auch den Arbeitsalltag, das
Werteverständnis sowie die Widerstandsfähigkeit der Polizei gegen
menschenverachtende Verhaltensweise untersuchen zu lassen
(Drucksache 19/2630).

Der Alternativantrag der SPD zielt indes darauf ab, nicht nur die Landespolizei einer solchen Untersuchung zu unterziehen, sondern den gesamten Öffentlichen Dienst.

Ich befürworte beide Anträge.

Es dürfte weitestgehend Konsens darüber bestehen, dass es bedauerlicherweise Rassismus und rechtsextremistische Bestrebungen in unserer Gesellschaft gibt. Dementsprechend treten diese Phänomene auch in Polizei und Öffentlichem Dienst auf, da sich auch in diesen Bereichen unsere Gesellschaft mit all ihren Stärken, aber eben auch Schwächen, abbildet. Vor diesem Hintergrund erachte ich es als zwingend geboten, dass wir als Demokrat*innen uns um jeden Zugewinn an diesbezüglichen Erkenntnissen bemühen.

Eine unabhängige wissenschaftliche Untersuchung mittels wissenschaftlicher Methoden stellt aus meiner Sicht das geeignete Mittel dar, die erhofften Erkenntnisse zu erlangen. Darüber hinaus bietet eine unabhängige wissenschaftliche Untersuchung auch eine Chance, weitere, bisher unter Umständen noch gar nicht im Fokus stehende Themen und Handlungsbedarfe zu erschließen.

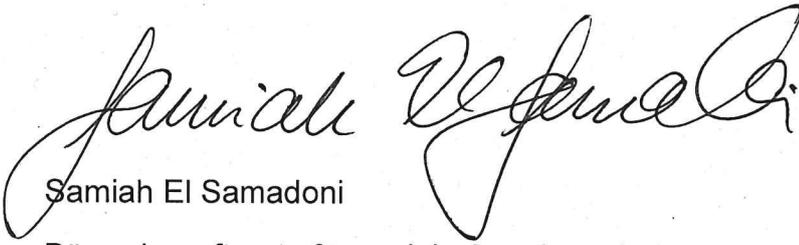
Die Anträge der Regierungsfractionen und der SPD schließen sich dabei auch – und insoweit erscheint die Bezeichnung „Alternativantrag“ etwas irreführend – keinesfalls aus, sondern sie ergänzen sich optimal, da Rassismus und Rechtsextremismus keinesfalls polizeispezifische, sondern gesamtgesellschaftliche Erscheinungen darstellen. Deshalb sollte nicht nur die Polizei, sondern der gesamte Öffentliche Dienst einer Betrachtung unterzogen werden.

Aus meiner Sicht belegen die Bemühungen der Innenministerin das hohe Eigeninteresse der Polizei, sich dem Thema Rassismus zu stellen und zusätzliche Erkenntnisse zu gewinnen.

Diese Haltung ist vorbildlich und sollte für den Öffentlichen Dienst insgesamt beispielhaft sein.

Für Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Samiah El Samadoni', written in a cursive style.

Samiah El Samadoni

Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten und

Beauftragte für die Landespolizei Schleswig-Holstein